

Rede zum Hamburger Ostermarsch 2015

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Die Ostermärsche, mit denen wir – die die GEW als Teil der Hamburger Friedensbewegung – unser Engagement für den Frieden auf die Straße tragen, haben eine jahrzehntelange Tradition. Weltweit gibt es zurzeit etwa 30 Kriege. Wir setzen uns dafür ein, Konflikte mit zivilen Mitteln auszutragen. Militärische Mittel dienen nicht der Lösung von Konflikten, sondern der Durchsetzung wirtschaftlicher, politischer und militärischer Interessen.

Wir sagen: Jeder Krieg ist eine Niederlage der Menschheit!

Heute fließen riesige Summen Geldes und immenses Potential menschlicher Arbeit und Intelligenz in die Rüstung. Das Ziel der Vereinten Nationen, künftige Generationen vor Krieg zu bewahren wird durch sogenannte humanitäre Einsätze konterkariert. Deutschland baut die Bundeswehr von der Verteidigungsarmee zur Armee im weltweiten Einsatz um. Als drittgrößter Waffenexporteur befeuert Deutschland weltweit Konflikte und lässt zu, dass Atomwaffen modernisiert werden statt sie endgültig zu verschrotten. Notwendig wäre hingegen, den Blick auf die Herausforderungen der Zukunft zu lenken: auf den Abbau von Ungleichheit und Armut ebenso wie auf den Aufbau von Infrastruktur und Gesundheitsfürsorge. Denn während Milliarden für Rüstung ausgegeben werden stirbt weltweit jede Minute ein Mensch an Hunger und jeder sechste Mensch hat keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser.

Wir bleiben dabei: Frieden schaffen ohne Waffen! Und das heißt auch: Abschaffung der Ausbildung an Waffen!

Mit Sorge beobachtet die GEW, dass sich die Bundeswehr in letzter Zeit verstärkt um größeren Einfluss in den Schulen bemüht. Es wurden Fälle bekannt, in denen Waffenschauen und Informationsveranstaltungen auf Schulhöfen und in Turnhallen stattfanden. Kooperationsabkommen mit Landesregierungen unterstützen das offensive Vorgehen der Bundeswehr.

Die Position der GEW ist klar: Bundeswehr raus aus Schulen!

Die politische Bildung – auch in Fragen der Sicherheitspolitik – gehört in die Hand der dafür ausgebildeten pädagogischen Fachleute und nicht in die von Jugendoffizieren.

Die GEW betont: Lehrkräfte entscheiden souverän, ob sie in ihrem Unterricht externen Sachverständigen hinzuziehen wollen oder nicht. Sie erziehen ihre Schülerinnen und Schüler zu demokratischem Handeln, Kritikfähigkeit, Gewaltfreiheit und Toleranz und beteiligen sie an allen wichtigen Entscheidungen der inhaltlichen und methodischen Gestaltung des Lernens.

Das werbende Auftreten der Bundeswehr in Einrichtungen der Arbeitsagentur, bei denen gezielt erwerbslose Jugendliche angesprochen werden, lehnen wir entschieden ab, weil hier letztlich für einen verfassungsrechtlich fragwürdigen und politisch abzulehnenden möglichen Kriegsdienst geworben wird. Die Schule ist kein Ort für die Rekrutierung von Berufssoldatinnen und -soldaten.

Wir fordern die Hamburger Arbeitsagentur auf, dem Beispiel der Kölner Arbeitsagentur zu folgen und weder Beratungen noch Werbeveranstaltungen der Bundeswehr anzubieten oder zu organisieren.

Wir fordern die GEW-KollegInnen an Hamburger Schulen auf, uns auf geplante Besuche von Jugendoffizieren oder Berufswerbern der Bundeswehr an ihren Schulen hinzuweisen und außerdem dem Beispiel des Robert-Blum-Gymnasiums in Berlin und der Käthe-Kollwitz-Schule in Offenbach – beide Trägerinnen des Aachener Friedenspreises 2013 – zu folgen und Konferenzbeschlüsse zu beantragen, die Bundeswehr nicht an ihre Schule einzuladen.

Wir sagen: Jeder Krieg ist eine Niederlage der Menschheit!

Wir bleiben dabei - Frieden schaffen ohne Waffen!

Danke!

Fredrik Dehnerdt, GEW Hamburg